

Helen Sharp, David Hofmann, Ulrich Petschow

Transformation gemeinsam gestalten

Wie Politik und Zivilgesellschaft in der Polykrise besser zusammenwirken können

Lässt sich die sozial-ökologische Transformation überhaupt noch politisch umsetzen? Die Dynamiken um das Gebäudeenergiegesetz oder die Abschaffung der Agrardieselsubventionen haben gezeigt, wie angespannt die gesellschaftliche Lage ist. Das **Konfliktpotenzial** steigt: Immer mehr Menschen stellen die Lösungskompetenz von Politik infrage, fühlen sich übergangen oder bevormundet, was rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure für sich zu nutzen wissen. Doch nicht nur der Gegenwind wächst, sondern auch der politische Gestaltungsbedarf: Pandemie, Krieg, Inflation und Nullwachstum – längst ist die ökologische Krise „nur“ Teil einer Polykrise.

Diese zweifelsohne herausfordernde Gemengelage darf nicht zu einem Rollback notwendiger Transformationspolitik führen. Vielmehr stellt sie politische Akteure vor die Aufgabe, die gesellschaftlichen Integrationspotenziale einer **„Just Transition“** zu heben und diese mehr noch als bisher als **Gemeinschaftsprojekt** zu gestalten. Hierfür braucht es geeignete Strukturen an der Schnittstelle von Staat und Zivilgesellschaft, in denen Zielkonflikte verhandelt und Interessen, Differenzen sowie deren Abwägungen sichtbar werden. Ausgehend von wichtigen Lernerfahrungen der letzten Jahre empfehlen wir eine Neujustierung.



Empfehlungen

für eine neue Transformationspartnerschaft

1. Die Just Transition verhandeln

Politische Entscheidungsträger*innen müssen einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens organisieren – sowohl zur Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation als auch zu erweiterten Entscheidungsstrukturen, in denen die „Just Transition“ gemeinsam mit der Zivilgesellschaft verhandelt werden kann. Ein solcher Grundkonsens könnte Auftrag einer neu einzurichtenden Enquete-Kommission sein. Für die langfristige Begleitung von Transformationsprozessen sollten gleichzeitig konkrete Formate weiterentwickelt werden – sowohl auf Bundesebene (z. B. anknüpfend an die „Allianz für Transformation“) als auch auf regionaler Ebene.

2. In Beziehungen und Vertrauensaufbau investieren

Für ein effektives Zusammenwirken in konkreten Aushandlungsstrukturen ist eine intakte Vertrausebene zentral. Hierfür sollten die verschiedenen politischen Akteure kontinuierliche, informelle Gesprächskanäle zu zivilgesellschaftlichen Akteuren pflegen – auch jenseits der „eigenen“ Stakeholder.

3. Vom Reagieren zum Agieren: Kapazitäten aufbauen

Die Polykrise ist das neue Normal. Um nicht im kurzfristigen Krisenmanagement zu verharren, müssen politische Akteure gezielt und in großem Umfang neue Kapazitäten schaffen: Es braucht flexible und von Legislaturhorizonten unabhängige Transformations-Kümmerer (z. B. Agenturen oder Stiftungen), ergänzt durch breit angelegte Förder- und Unterstützungsprogramme für regionale Leuchttürme und lokale Initiativen. All dies muss von einem umfangreichen Wissensaufbau durch sozial-ökologische Forschungsprogramme begleitet sein.

Problem: Transformationspolitik in der Krise



Die Herausforderungen bei der politischen Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation sind groß: Sie ist ein komplexes politisches **Integrationsprojekt** und damit weit mehr als sozial flankierte Klimapolitik. Sie wirkt sich potenziell **ungleich** aus und erfordert nicht nur ein politisches Austarieren der Verteilung von Nutzen und Lasten, sondern auch von Teilhabemöglichkeiten. Als **langfristiger Prozess** überschreitet sie den üblichen Zeithorizont politischer Gestaltung bei Weitem. Zudem ist sie in vielerlei Hinsicht nur bedingt politisch plan- und steuerbar – konkrete Entwicklungspfade sind vielmehr **gesellschaftliche Verhandlungssache**. Damit ist die Transformation zwar **Gemeinschaftsaufgabe, aber dennoch politische Gestaltungsverantwortung**: Innerhalb unhintergebarerer sowie bereits verhandelter Rahmenbedingungen (ökologische Grenzen und gerechte soziale Standards) müssen politische Entscheidungsträger*innen die notwendige gesellschaftliche Aushandlung dieser Pfade organisieren.

Die Herausforderungen sind nicht neu: Bereits 2021 betonten wir die Notwendigkeit neuer institutioneller Strukturen für die Gestaltung einer „Just Transition“. ¹ Die letzten vier Jahre haben jedoch verdeutlicht, dass sich die **Rahmenbedingungen für ihre Bewältigung deutlich verändert haben**.

COVID-19, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Energiekrise, Inflation und Nullwachstum: Jüngst hat sich gemeinsam mit den ökologischen Krisen ein Krisenkomplex zugespitzt, der mittlerweile mit dem Begriff der „Polykrise“ beschrieben wird. ² **Die Polykrise stellt politische Akteure vor enorme Herausforderungen**: Eine neue Frequenz und Parallelität von Entscheidungs- und Gestaltungsbedarfen treiben Politik und Verwal-

tung an ihre Belastungsgrenzen und akutes Krisenmanagement drängt sich vor notwendige Langfristpolitik. Auch die gesellschaftlichen Dynamiken der letzten Jahre sind in ihrer Deutlichkeit neu und verweisen auf eine Tendenz der **Desintegration**: Immer mehr Menschen entfremden sich von (Teilen der) Politik – weil sie aus ihrer Sicht zu viel, zu wenig oder nicht das Richtige tut – was sich etwa am dramatisch gesunkenen Vertrauen in demokratische Institutionen ablesen lässt. ³ Die Entfremdung scheint jedoch beidseitig: Weil die ehemals parteipolitisch vergleichsweise verlässlich gebundene Mitte zunehmend schwindet, sehen sich etablierte Parteien unter Druck, sich in ihrem Handeln an (volatilen) gesellschaftlichen Stimmungen zu orientieren. Diese Dynamiken verstärken sich durch eine von rechts zunehmend betriebene „Affektpolitik“ ⁴ – sprich: das bewusste Emotionalisieren bestimmter Themen, etwa vom Aus für Verbrennungsmotoren bis hin zur Abkehr von Öl- und Gasheizungen. Eine langfristige, weitreichende Politikgestaltung wird dadurch weiter erschwert.

Eins wird deutlich: Eine erfolgreiche Transformationspolitik erfordert bei Weitem mehr als nur die plausible Kommunikation notwendiger Maßnahmen. Transformationspolitik muss vielmehr Ergebnis eines politischen Willensbildungsprozesses sein, der es neben der sozial-ökologischen Integration auch vermag, den bestehenden Entfremdungstendenzen etwas entgegenzusetzen. Es braucht (neue) politische Räume, in denen betroffene Interessen einbezogen, Präferenzen, Zielkonflikte und Abwägungen sichtbar werden. Das Zusammenwirken mit den **gemeinwohlorientierten, zivilgesellschaftlichen Interessenorganisationen** spielt hierbei eine zentrale Rolle.

Die Ampelregierung hat mit ihrem **Koalitionsvertrag** wichtige Herausforderungen für sozial-ökologische Politikgestaltung programmatisch aufgenommen und auch neue Strukturen für eine stärkere Einbindung gesellschaftlicher Stakeholder in Gestaltungsprozesse skizziert. Angesichts der neuen Herausforderungen stellt sich dringender denn je die Frage, wie gut das Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft bisher gelingt und was sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre lernen lässt.

Transformation trotz Polykrise zu gestalten, erfordert ein neues Zusammenwirken von Politik und Zivilgesellschaft

Analyse: Fünf Hürden beim Zusammenwirken von Politik und Zivilgesellschaft

Wie steht es um das Zusammenspiel von Politik und Zivilgesellschaft für sozial-ökologische Politikgestaltung? Das Projekt „Den Wandel verhandeln, die Just Transition gestalten“ widmete sich dieser Frage u. a. mithilfe qualitativer Interviews und diskutierte die Ergebnisse mit Personen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung. Ein empirischer Schwerpunkt lag hierbei auf den bislang für sozial-ökologische Transformationsprozesse meist federführend verantwortlichen Ministerien (BMWK, BMAS bzw. übergeordnet das Bundeskanzleramt) sowie zivilgesellschaftlichen Interessenorganisationen aus dem sozialen und ökologischen Bereich (u. a. Sozial-, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Umweltorganisationen). Die Analyse zeigt: Zu Beginn der Legislaturperiode 2021 gab es die durchaus von Akteuren beider Seiten geteilte Hoffnung auf eine neue Kultur der Zusammenarbeit. In den Interviews im Sommer 2023 zeigte sich jedoch, dass die Erwartungen sich überwiegend nicht erfüllt haben. Die meisten Personen beschrieben das Verhältnis heute sogar deutlich weniger produktiv und belasteter als noch vor einigen Jahren. Dafür konnten wir fünf Ursachen herausarbeiten.

POLITIK IM KRISENMODUS

Das erste Jahr der Legislatur war geprägt vom russischen Angriff auf die Ukraine. Aus dieser Situation des akuten **Krisenmanagements** entwickelte sich ein politischer Operationsmodus, eine Politik im Krisenmodus, der bis heute anhält. Politik und Verwaltung gelangten an **Kapazitätsgrenzen**, auch mit der Folge, dass häufiger auf eine weitreichende gesellschaftliche Einbindung verzichtet wurde. Verstärkt wurde diese Dynamik durch die von starken Differenzen geprägte Regierungskoalition: Die Aushandlung von Konflikten verlagerte sich zunehmend aus den Räumen politischer Willensbildung an die Spitze von Regierungsparteien. Dadurch entstand auch in der politischen Verwaltung ein Klima, das in den Interviews als neue „**Kultur des Top-Down**“ benannt wurde: Mühsam errungene Kompromisse sollten möglichst ohne Verzögerung und damit abgeschottet von einer breiten öffentlichen Debatte umgesetzt werden – mit klarer Botschaft sowohl in Richtung anderer Ressorts als auch Zivilgesellschaft: „Bitte haltet den



Prozess jetzt nicht auf! Am Gebäudeenergiegesetz hat sich diese Dynamik besonders deutlich gezeigt. In der Konsequenz sank auch die Kooperationsbereitschaft seitens der Zivilgesellschaft.

BEHARRLICHE LOGIKEN

In den letzten Jahren gab es wichtige Bemühungen, sozial-ökologische Anliegen im Sinne von Politikintegration besser zusammenzuführen: Beispiele sind die Integration des Bereiches Klimaschutz ins Wirtschaftsministerium, neue Transformationsabteilungen als Schnittstellen zwischen Ministerien oder auch eine Zunahme übergreifender politischer Strategien mit sozial-ökologischen Zugängen. Aus Sicht der Interviews blieb die integrative Wirkung jedoch aus oder zumindest ambivalent und die **Ressortlogik** weiter dominant. Auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind nicht frei hiervon: Einerseits sprechen viele Aktivitäten für eine sozial-

ökologische Neuorientierung – von breiten Zukunftsprozessen über interne Umstrukturierungen bis hin zur Kooperation in sozial-ökologischen Allianzen. Doch andererseits stößt die Integrationsfähigkeit dieser Organisationen angesichts ihrer speziellen Handlungslogiken (Einflusslogik, Mitgliederlogik, aber auch Abgrenzungslogik) an Grenzen.⁵ Findet zivilgesellschaftliche Einbindung wie beobachtbar noch immer überwiegend in den klassischen Silos politischer Ressorts statt, verschärft sich dieser Effekt.

FEHLENDE ANERKENNUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER SELBSTVERSTÄNDIGUNGSPOTENZIALE

Wichtige Integrationsarbeit wird im Rahmen politischer Prozesse oft in den zivilgesellschaftlichen Raum ausgelagert. Werden in einem Format etwa wie durchaus üblich **Dachverbände** beteiligt, müssen sie vorgelagerte Abstimmungsprozesse zwischen ihren Mitgliedern organisieren, um nach außen hin sprechfähig zu sein. Gleiches gilt für **sozial-ökologische Plattformen** wie die **Klima-Allianz** bzw. **Bündnisse** wie das **Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende**, die zuletzt ebenfalls als Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in Formaten wie der „Allianz für Transformation“ oder dem „Mobilitätsgipfel“ eingebunden wurden. Fraglich ist, inwiefern die notwendige Diversität von Perspektiven über die privilegierte Einbindung von Dachverbänden oder gar ganzen Bündnissen sinnvoll erreicht werden kann. Noch grundsätzlicher kritisieren die Interviewten jedoch: Durch eine staatliche Vorauswahl einzelner Vertreter*innen bei gleichzeitig fehlender Zeit für vorgelagerte und parallele Rückbindungsprozesse würde zivilgesellschaftliche Selbstorganisation zwar eingefordert, aber ihr Potenzial letztlich gar nicht anerkannt.

VERÄNDERTE GESPRÄCHS- UND BETEILIGUNGSKULTUR

Insbesondere auch auf der „kulturellen Ebene“ kam es zu negativen Entwicklungen: Beteiligung ja, aber immer formalisierter und vorstrukturierter, so die Bilanz. Gleichzeitig verlor insbesondere die informelle Beziehungsebene mit regelmäßigen Austauschstrukturen an Bedeutung. Teilweise – und dies trifft auf die verschiedenen Ressorts in unterschiedlichem Maße zu – wurde gar ein kompletter **Verlust informeller Formate und Kanäle** und damit der „Vertrauensebene“ beschrieben. Hieraus entstand ein Teufelskreis, wobei sich Fronten verhärtet haben: Die Kultur des fehlenden Miteinanders in der Koalition habe sich auch auf den Umgang mit der Zivilgesellschaft übertragen, was sich etwa in 48-Stunden-Fristen zur Kommentierung von Gesetzesvorhaben widerspiegelte. Auch aufgrund der fehlenden Beziehungsebene entschied sich die Zivilgesellschaft immer häufiger für den Weg der **öffentlichen Auseinandersetzung**.

NEUE BETEILIGUNGSFORMATE: ENTWICKLUNGSBEDÜRFTIG

Eine formalisierte Beteiligung ohne klaren Bezug zu konkreten politischen (Gesetzgebungs-)Prozessen und ohne begleitende informelle Gesprächsebene wird von beiden Seiten als **tendenziell wirkungslos** empfunden. Gleichzeitig bringt die Vielzahl und Bandbreite dieser Beteiligungsprozesse – von sehr allgemeinem Austausch bis hin zu sehr spezifischen Themen – die Zivilgesellschaft an **Kapazitätsgrenzen**. Die „Allianz für Transformation“ wurde als Beispiel für einen solchen neuen Beteiligungsmodus gesehen. Als Spitzenformat ist sie beim Bundeskanzleramt angehängt und soll gemeinsam mit gesellschaftlichen Stakeholdern und relevanten Bundesressorts wichtige Transformationsfelder bearbeiten. Während die Anbindung an das Bundeskanzleramt grundsätzlich positiv gesehen wurde, sprechen sich die Interviewten für eine Weiterentwicklung des Formats aus:

- Bedeutung stärken: Aktuell wird das Format eher als politisches Instrument der Regierung mit begrenzter Wirksamkeit und fehlender Abgrenzung zu anderen Beteiligungsprozessen wahrgenommen.
- Timing verbessern: Um wirksamen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu haben, muss die Aushandlung ausreichend früh im Prozess verortet sein.
- Interessen betroffener Gruppen repräsentieren: Aufgrund eines eher engen industriellen Transformationsverständnisses fehlen bislang soziale Interessenverbände, während Industrie und Gewerkschaften deutlich dominieren.

„Es ist ein ganz großes Problem, dass der Austausch nicht mehr zunächst im vertraulichen Raum stattfindet, sondern sofort medial ausgetragen wird. [...] Man hatte vor ein paar Jahren ein größeres gemeinsames Verständnis füreinander.“

Vertreter*in Bundesverwaltung zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Politik

„Das ist ja auch ein Schlag ins Gesicht, da kann man auch gleich sagen, es interessiert uns nicht, was ihr sagt.“

Vertreter*in Bundesverwaltung zu 48-Stunden-Fristen für Kommentierungen

Empfehlung: Eine neue Qualität des Zusammenwirkens von Staat und Zivilgesellschaft

Transformative Politikgestaltung trotz Polykrise und gesellschaftlicher Desintegration ist keine leichte Aufgabe. Politik darf weder den Fehler machen, mit elitärer Haltung auf gesellschaftliche Ablehnung zu reagieren, noch dem Irrtum verfallen, die gesellschaftliche Stimmung sei der alleinige Maßstab für das politisch Machbare. Vielmehr muss sie neue Wege finden, politische mit gesellschaftlicher Integration zu verbinden. Dies ist eine enorme Herausforderung, der sich auch die transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung und die internationale Sustainability-Transitions-Forschung widmen.⁶ Diese Forschungskapazitäten gerade auch hinsichtlich des Zusammenwirkens von Staat und Zivilgesellschaft auszuweiten, ist mit Blick auf die nachfolgenden Empfehlungen eine zentrale Aufgabe politischer Gestaltung.

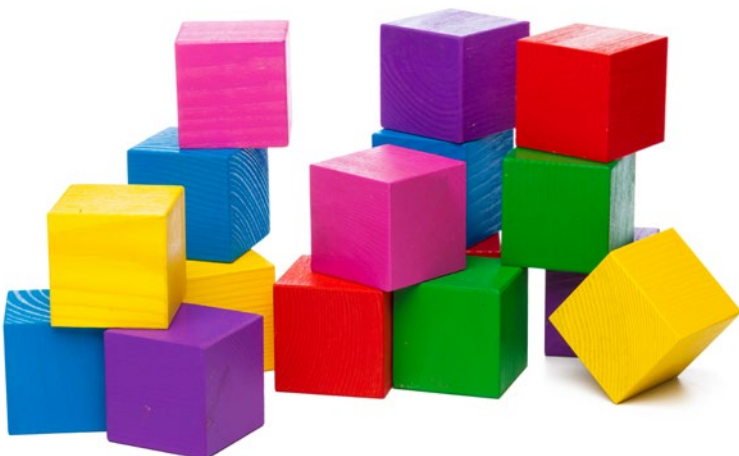
1. DIE JUST TRANSITION VERHANDELN

Es gilt, proaktiv mit den Herausforderungen für sozial-ökologische Politikgestaltung umzugehen: Integrative Ansätze und gesellschaftliche Aushandlung sollten **vorsorglich** – nicht als nachträgliche Reaktion auf auftretende Konflikte – an zentralen Stellen des politischen Prozesses verankert sein. Das Zusammenwirken mit Zivilgesellschaft spielt hierbei eine zentrale Rolle. In manchen Debatten werden dabei vor allem Rufe nach einer verstärkten Bürger*innenbeteiligung etwa über Bürger*innenräte lauter. Obwohl diese bei der Beratung von Parlamenten zu konkreten

Fragen einen zentralen Beitrag leisten können, halten wir es für notwendig, insbesondere auch die klassischen Organisationen der Zivilgesellschaft in ihrer Bedeutung als intermediäre Akteure wieder mehr zu stärken.⁷ Als gemeinwohlorientierte **Kollektivakteure** können sie notwendige soziale Bindung auch unter den Bedingungen von Transformation und Polykrise anbieten und sind damit ein wichtiges Gegengewicht zu rechtsradikalen und spaltenden gesellschaftlichen Kräften. Ausgehend hiervon sind für erfolgreiche Transformationspolitik unterschiedliche Ebenen des Zusammenwirkens von Politik und Zivilgesellschaft wichtig:

Enquete-Kommission: Einen sozial-ökologischen Grundkonsens verhandeln

Wie beschrieben steht die Gestaltung langfristiger Transformationspolitik angesichts bestimmter struktureller Logiken – etwa Ressortteilung und auf Wahlperioden begrenzte Perspektiven innerhalb repräsentativer Demokratien – vor großen Herausforderungen. Um dennoch sozial-ökologische Politikgestaltung zu gewährleisten, braucht es **einen neuen Grundkonsens in Politik und Gesellschaft**, der sowohl die Notwendigkeit von Transformation als auch ihre zentralen Ausgestaltungsprinzipien beschreibt: Was sind unumgehbare Rahmenbedingungen und Erwartungen an die Zukunft? Welche gesellschaftlichen Interessen gilt es zu berücksichtigen und wer sind ihre Vertreter*innen? In welchen Formaten und institutionellen Strukturen können diese Stakeholder über mögliche gesellschaftliche Entwicklungspfade verhandeln? Wie verhalten sich diese neuen Aushandlungsräume zu den bestehenden Räumen repräsentativer Demokratie, etwa zu Parlamenten? Für die möglichst breite Einbettung dieser **Aushandlung von „Metaprinzipen“** könnte eine neu einzurichtende (**Bundestags-Enquete-Kommission**) ein relevanter Baustein sein. Richtig aufgesetzt, könnte sie den politischen Raum **mit der Zivilgesellschaft und Wissenschaft** verbinden. Sie müsste mit einem klaren und zeitlich begrenzten Auftrag ausgestattet sein und dabei möglichst den Rückhalt aller Parteien des demokratischen Spektrums haben. Eine deutlich größere Rolle als bei vergangenen Enquete-Kommissionen sollte die zivilgesellschaftliche Teilhabe und die Kommunikation in Richtung Gesellschaft spielen.



Allianz für Transformation: Langfristig die Transformation begleiten

Ergebnis einer solchen Enquete sollte auch sein, Formate für die langfristige übergeordnete Aushandlung von Transformationsprozessen zu beschreiben. Es wäre durchaus denkbar, die **Allianz für Transformation** in einem solchen Sinne als kontinuierliches Format mit Anbindung an das Bundeskanzleramt weiterzuentwickeln. Ausgangspunkt müsste eine Evaluation des bisherigen Prozesses sein. Wichtig wäre etwa, die Diversität zivilgesellschaftlicher Interessen ausreichend abzubilden und notwendige politische Vorhaben nicht nur zu begleiten, sondern auch vorzudiskutieren.

Transformation konkret: sektorale und regionale Entwicklungspfade verhandeln

Wie kann man den komplexen Transformationsdilemmata und den unterschiedlichen sektoralen sowie regionalen Betroffenheiten Rechnung tragen? Äquivalent zu den thematisch eher übergreifenden Strukturen der Bundesebene empfehlen wir, **spezifische Formate für diese Kontexte** einzurichten. Sie könnten konkrete **Transitionspläne** mit einem klar umrissenen Zeithorizont für verschiedene Branchen und Regionen aushandeln.

2. IN BEZIEHUNGEN UND VERTRAUENS-AUFBAU INVESTIEREN

Neben formalen Strukturen und Prozessen ist es erforderlich, eine intakte informelle Beziehungsebene zur Zivilgesellschaft zu pflegen. Sie kann die Zusammenarbeit in konkreten Formaten wesentlich verbessern und hilft dabei, politische Konstruktionsfehler frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Darum braucht es wieder mehr kontinuierliche **Beziehungsarbeit und Vertrauensaufbau** – auch über die traditionellen „eigenen“ Stakeholdergruppen hinaus. Positivbeispiel: Während der letzten Legislatur etablierte das Bundesumweltministerium regelmäßige informelle Austauschrunden mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden. Diese wichtige Aufgabe darf nicht nur in der Verantwortung einzelner Referate liegen, sondern muss von den Hausleitungen und unterschiedlichen Ebenen politischer Verwaltung getragen werden.

3. VOM REAGIEREN ZUM AGIEREN: KAPAZITÄTEN AUFBAUEN

Angesichts von Krisen- und Zeitdruck ist es unverzichtbar, größere, strukturell verankerte, aber hinreichend flexible Bearbeitungskapazitäten in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu schaffen. Dies würde es auch ermöglichen, bei unvorhersehbaren Konflikten reaktionsfähiger zu werden. Dabei kommt es auf einen Mix an: Es braucht neue **institutionelle Strukturen** und „**Kümmerer**“, die den Aufbau von Wissen, Prozesskompetenz und konkreten Vernetzungsaktivitäten fördern. Dies könnte neue Institutionen – etwa Kommissionen, Stiftungen oder Transformationsagenturen – einschließen: Sie stellen flexibel und niedrigschwellig Ressourcen für zivilgesellschaftliche Initiativen bereit, beraten Akteure vor Ort und unterstützen ihr Engagement. Ebenso könnten diese Kümmerer auftretende Konflikte moderieren und entsprechende Räume der Aushandlung organisieren.

Ein weiterer Baustein könnte in einem **Förderprogramm für Just Transition-Leuchtturmprojekte** mit regionalem Zuschnitt bestehen. Bereits erprobte Ansätze wie Förderprogramme für Transformationsregionen oder die Strukturförderung in Kohleregionen bieten dafür nützliche Erfahrungswerte, greifen jedoch mit Blick auf ihre Integrationsfähigkeit bislang zu kurz. Ein neues Förderprogramm sollte auf die nötige Veränderungstiefe abzielen und ausreichend finanziell unterlegt sein. Unbedingt sollten relevante regionale Akteure – über Stakeholder aus Wirtschaft und Gewerkschaften hinaus – an der Konzeption, Ausgestaltung und Umsetzung beteiligt sein, etwa Umweltorganisationen, Sozialprojekte oder Bürger*innen-Initiativen, die sich für den sozialen Zusammenhalt einsetzen.

Zugleich bedarf es einer groß angelegten Anstrengung, um **lokale** und **dezentrale** Kapazitäten der **Zivilgesellschaft** in der Breite auszubauen. Akteure überall in Deutschland müssen ermutigt und befähigt werden, transformativ zu wirken und eigene Ideen umzusetzen. Hierzu sind **Projektfonds**, die vor Ort unbürokratisch vergeben werden können, sowie **Projektbüros** zur Vernetzung und als Beratungsstellen wichtig. So kann die sozial-ökologische Transformation ein vielstimmiges Gemeinschaftsprojekt werden.

Kommissionen, Stiftungen oder Transformationsagenturen könnten langfristige „Kümmerer“ sein



Literaturempfehlungen zum Thema

Sharp, Helen; Petschow, Ulrich (2021): Transformation? Ja, aber gerecht! Neue institutionelle Strukturen für eine Just Transition. IÖW Impulse Nr. 2. Berlin: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. https://www.ioew.de/publikation/transformation_ja_aber_gerecht

Sharp, Helen; Petschow, Ulrich; Arlt, Hans-Jürgen; Jacob, Klaus; Kalt, Giulia; Schipperges, Michael (2020): Neue Allianzen für sozialökologische Transformationen. Broschüre. Dessau: Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/neue-allianzen-sozial-oekologische-transformation>

Petschow, Ulrich; Sharp, Helen; Rioussset, Pauline; Jacob, Klaus; Guske, Anna-Lena; Kalt, Giulia; Schipperges, Michael; Arlt, Hans-Jürgen (2021): Potenziale, Hemmnisse und Perspektiven neuer Allianzen für sozialökologische Transformationen. Umwelt, gewerkschafts- und sozialpolitische Akteure im Spannungsfeld unterschiedlicher Kontexte, Logiken und Zukunftsvorstellungen. Abschlussbericht, UBA-Texte 134/2021. Dessau: Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/potenziale-hemmnisse-perspektiven-neuer-allianzen>



Referenzen

¹ Sharp, Helen; Petschow, Ulrich (2021): siehe Literaturempfehlung oben

² Tooze, Adam (2022): Kawumm!, Die Zeit, 29. <https://www.zeit.de/2022/29/krisenzeiten-krieg-ukraine-oel-polykrise>

³ Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>

⁴ Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

⁵ Siehe Endnote 2

⁶ Geels, Frank W.; Kern, Florian; Clark, William C. (2023): Sustainability transitions in consumption-production systems. Proceedings of the National Academy of Sciences, 120(47), e2310070120. <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2310070120>

⁷ Jäger, Anton (2023): Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen. Berlin: Suhrkamp.



Danke

Wir bedanken uns bei allen Personen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft, die im Rahmen des Projekts für Interviews zur Verfügung standen, erste Ergebnisse mit uns diskutierten und ihre wertvollen Perspektiven einbrachten. Gleichwohl tragen die Autor*innen die alleinige Verantwortung für die Inhalte des Papiers.

AUTOR*INNEN & KONTAKT



Helen Sharp



David Hofmann



Ulrich Petschow

Ansprechperson: Helen Sharp, helen.sharp@ioew.de, Telefon: +49 30 884594-65

REDAKTION

Antonia Sladek
antonia.sladek@ioew.de


FÖRDERHINWEIS

Dieses IÖW-Impulse entstand im Projekt „Den Wandel verhandeln, die Just Transition gestalten“, gefördert von der Open Society Foundations, Berlin.

HERAUSGEBER

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH (gemeinnützig)
Potsdamer Str. 105 | D-10785 Berlin
+49-(0)30 - 884 59 4-0 | mailbox@ioew.de
Wissenschaftlicher Geschäftsführer: Thomas Korbun
Kaufmännische Geschäftsführerin: Marion Wiegand

Berlin, März 2024

 @ioew@mastodon.social

→ www.ioew.de

